

Sozial ist, was Kaufkraft schafft!

Krise bekämpfen – Kaufkraft stärken

Arbeitgeber nicht lernfähig: Nichts für die Beschäftigten

Fest gefangen in ihren jahrzehntelang eingeübten Ritualen stimmen Bund und Kommunale Arbeitgeber ihr Lied von angeblich unfinanzierbaren Gewerkschaftsforderungen an. Der Staat habe kein Geld.

500 Mrd. Euro für die Bankenrettung, Milliarden für Hoteliers, reiche Erben und Unternehmen ...

- Dabei war Geld da für die Bankenrettung! 500 Mrd. Euro!
- Dabei war Geld da für das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, mit Vergünstigungen für Hoteliers, Unternehmen und Besserverdienende in Milliardenhöhe!
- Und es soll Geld da sein für Steuersenkungen im nächsten Jahr! Für wen wohl?

Nichts für die Beschäftigten

- Nichts beim Entgelt, aber Geld für Nasenprämien!
- Nichts bei Bewährungs- und Zeitaufstiegen,
- Nichts bei der Altersteilzeit,
- Nichts bei der Übernahme von Auszubildenden!

Das gibt einen Vorgeschmack auf den Sparkurs, mit dem die CDU/FDP-Bundesregierung die Kosten der Krise hereinholen will.



Bezahlen sollen die Beschäftigten, die Menschen, die auf Leistungen des Staates angewiesen sind, während Reiche und Unternehmen weiter entlastet werden.

Unsere Forderungen sind berechtigt

- weil die Einkommen im öffentlichen Dienst der Privatwirtschaft hinterher hinken,
- weil Altersteilzeit statt Arbeiten bis zum Umfallen die richtige Alternative ist und
- weil Auszubildende eine Perspektive durch Übernahme brauchen.

Binnenmarkt braucht Nachfrage!

Und unsere Forderungen sind volkswirtschaftlich geboten. Weil wir eine Stärkung der Binnennachfrage brauchen, damit die Wirtschaft stabilisiert wird und nicht weiter abstürzt. Das würde dann richtig teuer werden!

**Gemeinsam
für unsere
Forderungen!**



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Niedersachsen-Bremen



» Das Holen aus dem Frei

stellt für viele Kolleginnen und Kollegen, neben der enormen Arbeitsbelastung durch Schichtarbeit und Personalmangel, oftmals ein unlösbares Problem dar.

Das bedeutet: arbeiten bis zum Umfallen, keine planbare Freizeit und zusätzlich die ständige Suche nach Möglichkeiten der Kinderbetreuung – die Grenzen der Belastbarkeit sind erreicht!

Gesundheitsschutz im Krankenhaus? Ein Fremdwort!

Das muss sich ändern! Und bezahlbar ist es auch. Wer in der Bundesregierung an Vorteilen für Private Krankenkassen, für niedergelassene Ärzte und Apotheker, für die einheimische Pharmaindustrie arbeitet, soll uns nicht erzählen, es sei kein Geld da. Wenn es drauf ankommt: Wir sind streikbereit!« ■

Reno Reiche, Vertrauensmann Krankenhaus Norden



» Die Einnahmen der öffentlichen Hand,

und da insbesondere der bürgernahen Kommunen, werden seit Jahren systematisch ausgetrocknet.

Nach den 500 Mrd. für die Bankenrettung verschleudert die schwarz-gelbe Bundesregierung mit dem so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz neue Milliarden. Geld für Hotels, reiche Erben, Unternehmen und Besserverdienende ist da und fehlt für dringende öffentliche Aufgaben wie Bildung und Kinderbetreuung.

Die im Vergleich dazu lächerlichen 3,7 Mrd. Euro, die unsere Forderung die Kommunen insgesamt kosten würde, sollen nicht da sein. Obwohl unsere Wirtschaft die Stärkung der Binnennachfrage bitter nötig hat.



Klar: Wir brauchen ein Bündnis von Gewerkschaften mit BürgerInnen und BürgermeisterInnen für eine auskömmliche Gemeindefinanzierung.

Aber genauso klar ist, dass wir jetzt mit den kommunalen Arbeitgebern für unsere berechtigten Forderungen streiten müssen. Ich bin dabei.« ■

Hans-Jürgen Licht, GPR Landeshauptstadt Hannover



» Altern in Teilzeit – Übernahme in Vollzeit

Wir von der ver.di-Jugend fordern die Übernahme aller Auszubildenden für mindestens 24 Monate. Dafür sind wir bereit zu kämpfen, weil es um unsere Zukunft geht! Die Politik sagt bisher, dass sie für

unsere Zukunft kein Geld ausgeben will, aber für Banken und Hotelunternehmen hat sie Milliarden! Auch für die älteren Kolleg/innen geht's um viel, deshalb müssen wir zusammenhalten, dann können wir für alle viel erreichen: Altern in Teilzeit – Übernahme in Vollzeit!« ■

Auszubildende, Landeshauptstadt Hannover



» Die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst



haben in der Tarifaueinandersetzung im letzten Jahr vor allem die Benachteiligung der Neubeschäftigten aufgehoben. Dies war nur ein erster Einstieg in die Aufwertung für diesen Bereich. Wir brauchen mehr. Eine Fortschreibung der

Altersteilzeitregelung und natürlich auch eine wirkliche Gehaltssteigerung, denn viele sind in der letzten Tarifaueinandersetzung im Sozial- und Erziehungsdienst leer ausgegangen. Ob wir wieder streikbereit sind? Na klar.« ■

*Elfriede Mikulka, Vertrauensfrau
KiTa Gemeinde Zetel*



» Altersteilzeit: Notwendig und gut genutzt

Arbeiten bis 67, das ist für viele nicht machbar. Gerade für Menschen wie mich, die hart körperlich arbeiten, ist ein früherer Ausstieg aus dem Arbeitsleben notwendig. Dafür brauchen wir die Fortführung der Altersteilzeit. Und weil sich für die jungen Menschen Perspektiven ergeben. Viele würden profitieren. Aber wenn wir keinen Druck machen, passiert nichts.« ■

Reinhard Windels, Landschaftsgärtner, Land Bremen



» Die Einkommen im öffentlichen Dienst

haben sich in den letzten 10 Jahren schlechter entwickelt als in den meisten anderen Bereichen. Das trifft Beschäftigte mit niedrigeren Einkommen besonders hart. Deswegen brauchen wir eine deutliche Erhöhung unserer Einkommen mit einer sozialen Komponente. Und der Wirtschaft nützt es auch!

Weil wir uns Millionenspenden an politische Parteien nicht leisten können, müssen wir unseren Forderungen anders Nachdruck verleihen.



Für mich und meine Kolleginnen und Kollegen steht deshalb fest: Wenn es drauf ankommt, gehen wir auf die Straße.« ■

*Andreas Schacht, Kanalarbeiter,
Stadtentwässerung Hannover*

NICHT AUF UNSEREM
RÜCKEN

» Keinen Bewährungsaufstieg

Seit Oktober 2005 bekommen viele, vor allem jüngere Beschäftigte keinen Bewährungsaufstieg mehr. Weil die Arbeitgeber bei der neuen Eingruppierung mauern, kommt es da schnell einmal zu Verlusten von über 100 Euro im Monat.

Damit die Zeitschinderei der Arbeitgeber nicht zu unseren Lasten geht, müssen die Tarifregelungen über Zeit- und Bewährungsaufstiege wieder in Kraft gesetzt werden. Jetzt! Und wenn die Arbeitgeber sich verweigern, müssen und werden wir sie bewegen.« ■

Dagmar Truderung, Vertrauensfrau Wasser- und Schifffahrtsverwaltung



Lohnzurückhaltung schafft Nachfrageprobleme



Münchner Merkur, 5.1.2010

Interview mit Gustav Horn, dem wissenschaftlichen Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK).

Hier ein Auszug des Interviews:

Was halten Sie von den Forderungen nach Lohnzurückhaltung, wie sie jetzt laut werden?

Ich halte überhaupt nichts von diesen Vorschlägen. Die Lohnabschlüsse müssen sich im vernünftigen Rahmen bewegen. Aber dass jetzt eine besondere Lohnzurückhaltung angesagt wäre, erschließt sich mir nicht.

Es heißt, es gäbe nichts zu verteilen. Das zeigt, dass offenbar viele durch die Krise nichts dazugelernt haben. Jetzt versucht man offenbar durch Lohnzurückhaltung eine Nachfragekrise zu bekämpfen.

Das muss schiefgehen, denn wir haben ein Nachfrageproblem. Wenn wir die Entlohnung weiter zurückfahren, dann verschärfen wir diese Krise. Der Staat müsste dann an anderer Stelle entsprechend mehr tun, um diese wieder aufzufangen.

Was wäre denn ein vernünftiger Rahmen? Inflationsausgleich als untere Grenze?

Das auf jeden Fall. Wir sagen auch, dass die Löhne nicht stark zyklisch schwanken sollen. Das wäre schädlich, weil das den

Zyklus noch verstärken würde. Durchschnittlich müssten die Löhne im gesamtwirtschaftlichen Schnitt um drei bis dreieinhalb Prozent steigen. Das bezieht den Produktivitätsfortschritt ein und die zulässige Inflationsrate, die uns die EZB vorgibt. Nun wird es da in manchen Jahren Abweichungen nach oben oder unten geben. Aber im Trend sollte man das erreichen – und wir haben es in den letzten Jahren nicht erreicht.

Die Löhne sind demnach zurückgeblieben.

Ja, und das ist auch einer der Gründe, warum wir diese massiven Nachfrageprobleme in der Binnenwirtschaft hatten. Die lang anhaltende Konsumschwäche rührt daher. Wir haben auch eine deutliche Zunahme der Ungleichheit in Deutschland. Die rührt auch daher. Und das war auch eine der Wurzeln, aus denen sich diese Krise speiste. ■



Impressum

Herausgeber: ver.di-Landesbezirk
Niedersachsen-Bremen, Fachbereich 7
Goseriede 10, 30159 Hannover
Verantwortlich: Martin Peter
Redaktion: Martin Peter, Harald Memenga
Titelgrafik: Reinhard Alff
Fotos: Manfred Wienhöfer (3),
Michael Dunst (2)
Herstellung: freeStyle grafik + BWH
Hannover GmbH

Von nix kommt nix – ver.di-Mitglied werden!
www.mitgliedwerden.verdi.de